

Grundlagen

Grundlagen, Methoden, Debatten der Politischen Theorie – zur Einführung

Gisela Riescher

Diskussionen zu Themen wie z. B. Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, parlamentarische Repräsentation oder die Zukunft der Demokratie sind in unserer Gesellschaft aktueller denn je. Sie bestimmen die politisch-ökonomischen Debatten, die sozioökologischen Diskurse, die Auseinandersetzungen darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen und sie tragen schließlich zu politischen Rückbennungen oder auch Neuorientierungen bei. Dies sind Themen der Politischen Theorie sowie Fragen, denen sich die Politische Theorie stellt. Es ist die Politische Theorie, die darauf Antworten sucht und Orientierung geben kann.

Auch wenn Umfragen oder Statistiken Zahlenmaterial zur Verfügung stellen oder mit qualitativen und quantitativen Methoden der empirischen Sozialforschung Daten messen, Einstellungen erfragen und Ergebnisse bewerten, so erschließen sich aus der Politischen Theorie in erster Linie jene analytischen und normativen Denkwege, die den Blick auf ethische Fragen, moralische Bewertungen, Legitimationskriterien und demokratisch wünschenswerte Ordnungsformen lenken. Auch wenn die Argumente der Politischen Theorie heute kaum mehr einem ontologischen Normativismus entspringen, so stehen doch kritische Denkanstrengungen, hermeneutische Methoden oder auch deliberative Verfahren im Mittelpunkt, die an tradiertes, an universellen Werten orientiertes Wissen anschließen. Politische Theorie steht damit nicht im Gegensatz zur Praxis, auch wenn der Theoriebegriff dies im Allgemeinen suggerieren mag: „Durch ihren Analysegegenstand ist sie der ‚Welt‘, dem Politischen und den politisch handelnden Menschen zugewandt. Sie geht auf praktische Erfahrung zurück und ihr Erkenntnisinteresse gilt der politischen Praxis.“ (Riescher 2004, S. X)

Nimmt man den Praxisbezug ernst, so zeigt sich schnell, welchen Veränderungen die Themen der Politischen Theorie heute unterliegen: neues postnationales Denken, zunehmende Migrationsbewegungen, damit verbunden tiefgreifende Integrations- und Diversitätsfragen, die Resäkularisierung der Gesellschaft, neue Risiken, Gefährdungen und Unsicherheiten, aktuelle Krisenphänomene der Demokratie und ihrer Institutionen oder auch Anforderungen, die Digitalisierung und künstliche Intelligenz stellen. Es stellt die Politische Theorie heute vor neue Herausforderungen, diese aufzugreifen und mit den klassischen Themen der Politischen Theorie zu verbinden.

Daraus leitet sich nicht zuletzt die Rechtfertigung eines neuen Einführungsbandes in die Politische Theorie ab. Es geht nicht darum, den Wert vorhandener Einführungen zu schmälern, denn der vorliegende Band schließt in unterschiedlicher Weise an die Überlegungen von Göhler/Iser/Kerner (2011), von Beyme (2009), Ottmann (2001–2012), Schaal/Heidenreich (2016), Niesen (2012), Schwaabe (2018), Schmidt (2010), Lembcke/Ritzi/Schaal (2012), Brodocz/Schaal (2015–2016), Bocker (2007), Münkler/Straßenberger (2016), Ladwig (2013), Llanque (2008) und vielen anderen an. Es geht mit anderen Worten darum, diesen „Klassikern“ eine heutigen Herausforderungen entsprechende Einführung mit neuen Themen, anderen Zugängen und aktuellem Design hinzuzufügen. Dieser Aufgabe haben sich alle Autor*innen dieses Bandes gestellt.

Anders als viele der bereits bestehenden Einführungen in unser Fach möchte diese „Einführung in die Politische Theorie – Grundlagen, Methoden, Debatten“ gegenwärtige Debatten aufgreifen und zentrale Diskursverläufe und -kontexte der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion ordnen und einordnen. Ziel ist es, nicht nur Orientierungswissen und Forschungsperspektiven für Bachelor- und Masterstudierende aufzuzeigen, sondern auch den spezifischen theoretischen und gesellschaftspolitischen Beitrag der politischen Theorie zu verdeutlichen. Damit wird zugleich der Stellenwert der Politischen Theorie für Politikwissenschaft und Politik heute sichtbar.

Unsere Einführung richtet sich an Studierende aller Studiengänge und Interessierte in Politik und Gesellschaft. Sie ist in drei Teile gegliedert: *Grundlagen, Methoden und Debatten*. Am Anfang steht dabei eine Bestimmung der Disziplin selbst. Anschließend folgt im zweiten Teil die Darlegung ihrer Arbeits- und Herangehensweisen als Kritische Hermeneutik, als Konstruktion, Rekonstruktion und Dekonstruktion. Im dritten Teil machen Beiträge zu relevanten politiktheoretischen Debatten rund um die zentralen Begriffe von Gesellschaft, Politik und Demokratie die Grundlagen, aber auch die Pluralität politiktheoretischer Arbeit sichtbar. In diesem dritten Teil, der sich vorrangig den Themenfeldern der Politischen Theorie widmet, die einen expliziten Bezug zur Demokratie aufweisen, stehen zunächst *das Individuum und die Gesellschaft* im Mittelpunkt. Ausgehend von der Frage, in welcher Gesellschaft wir heute leben, werden unterschiedliche Spannungsfelder von Individuum und Gesellschaft thematisiert: Bürger- und Subjektverständnisse, das Verhältnis von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, von Staat und Religion sowie von Privatheit und Öffentlichkeit. Ein zweiter Themenschwerpunkt widmet sich dem zentralen Thema *Demokratie und Demokratiekritiken*. Die klassischen Themen, die Fiktionen und Versprechen der Demokratie wie z. B. Repräsentation, Partizipation, Deliberation, Institutionen und Eliten werden rekonstruiert und kritisch diskutiert. Unter der Überschrift *Aktuelle Herausforderungen der Demokratie* finden sich schließlich die Debatten, die die Politische Theorie erst seit wenigen Jahren thematisch bestimmen und hier einen

zentralen Ort des Diskurses gefunden haben: Themen wie Sicherheit und Protest, Inklusion, Digitalisierung, die Diskurse um Demokratie jenseits des Staates und die Frage, wie hegemonial und westlich diese Diskurse sind.

Zunächst aber gilt es, die Grundlagen der Politischen Theorie zu rekonstruieren und sie neu im aktuellen Diskurs zu verorten: Was ist und wozu dient Politische Theorie, was sind ihre Kontexte, welche Funktionen schreibt man ihr zu und welchen Stellenwert hat sie in der Politikwissenschaft?

Literatur

- Beyme, Klaus von (2009): *Geschichte der politischen Theorien in Deutschland 1300–2000*, Wiesbaden.
- Brocker, Manfred (Hrsg.) (2007): *Geschichte des politischen Denkens. Ein Handbuch*, Frankfurt a. M.
- Brodocz, André/Schaal, Gary S. (Hrsg.) (2015–2016): *Politische Theorien der Gegenwart*, 3 Bde., Stuttgart.
- Göhler, Gerhard/Iser, Matthias/Kerner, Ina (Hrsg.) (2011): *Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung*, 2., akt. und erw. Aufl., Wiesbaden.
- Ladwig, Bernd (2013): *Moderne politische Theorie*, 2. Aufl., Schwalbach.
- Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hrsg.) (2012): *Zeitgenössische Demokratietheorie*, Wiesbaden.
- Llanque, Marcus (2008): *Politische Ideengeschichte. Ein Gewebe politischer Diskurse*, München/Wien.
- Münkler, Herfried/Straßenberger, Grit (2016): *Politische Theorie und Ideengeschichte. Eine Einführung*, München.
- Niesen, Peter (Hrsg.) (2012): *Transnationale Gerechtigkeit und Demokratie*, Frankfurt a. M./New York.
- Ottmann, Henning (2001–2012): *Geschichte des politischen Denkens*, 4 Bde., Stuttgart/Weimar.
- Riescher, Gisela (Hrsg.) (2004): *Politische Theorie der Gegenwart*, Stuttgart.
- Schaal, Gary S./Heidenreich, Felix (2016): *Einführung in die Politischen Theorien der Moderne*, 3. überarb. und akt. Aufl., Leverkusen.
- Schmidt, Manfred G. (2010): *Demokratietheorien*, 5. Aufl., Wiesbaden.
- Schwaabe, Christian (2018): *Politische Theorie*, 4. Aufl., Paderborn.

Was heißt politische Theorie?

Beate Rosenzweig

„If politics itself includes political theory, the study of politics must include political theory.“

Ruth Grant: Political Theory

Politische Theorie ist neben der vergleichenden Regierungslehre und der internationalen Politik einer der drei Kernbereiche der Politikwissenschaft. Als das Fach nach dem Zweiten Weltkrieg in den Fächerkanon der deutschen Universitäten aufgenommen wurde, gab es – auch vor dem Hintergrund des amerikanischen Vorbildes „Political Science“ – zunächst wenig Zweifel daran, dass Politikwissenschaft ideengeschichtlich und theoretisch fundiert werden sollte. Die Begründung war damals und ist heute vergleichsweise einfach: Es gibt kein praktisches politisches Problem, das wissenschaftlich ohne den Rückgriff auf theoretische Begriffe und Vorstellungen reflektiert werden kann. So setzt beispielsweise die aktuelle Rede von der „Krise der Demokratie“ voraus, dass wir eine theoretische Vorstellung davon haben, was Demokratie ausmacht. Erst dann lassen sich Krisenphänomene genauer analysieren und ihr Stellenwert für demokratische Gesellschaften und Politik beurteilen. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: Wenn wir über die Frage diskutieren, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen sozial gerecht ist, dann greifen wir in der Diskussion unweigerlich auf eine bestimmte theoretische Vorstellung von Gerechtigkeit zurück, die wir als normativen Beurteilungsmaßstab für unsere jeweilige Position heranziehen.

Trotz dieser auf den ersten Blick grundlegenden Relevanz ist es nicht ganz einfach, den genauen Gegenstand der politischen Theorie und ihr Verhältnis zu den anderen Teilbereichen der Politikwissenschaft zu bestimmen. Denn einerseits sind alle Fachdisziplinen der Politikwissenschaft theoriegeleitet und andererseits ist Politische Theorie selbst heterogen und zugleich durch vielfältige interdisziplinäre Bezüge vor allem zu Philosophie, Geschichtswissenschaft und Soziologie gekennzeichnet (vgl. Dryzek/Honig/Phillips 2008: 4 ff.). Dementsprechend ist die Frage, was genau die politische Theorie ausmacht und welche Bedeutung ihr innerhalb des Faches Politikwissenschaft zukommt, auch in der Politikwissenschaft selbst umstritten (Buchstein/Jörke 2007: 18 f.). Nach einer ersten begrifflichen Annäherung werden im Folgenden zentrale Bestimmungen politischer Theorie thematisiert.

Was heißt politische Theorie? Begriffliche Annäherung

Folgt man einschlägigen Einführungen in die Politikwissenschaft, so existiert weder ein einheitliches Verständnis zum Begriff der politischen Theorie, noch ist ihr Stellenwert im Fach eindeutig bestimmt. Vielmehr wird der politischen Theorie „das unklarste Profil der politikwissenschaftlichen Teilfächer“ (Patzelt 2003: 496) bescheinigt, ihre Randexistenz innerhalb der Politikwissenschaft (Hartmann 1997: 11) konstatiert oder aber ihre sinkende Reputation und ihr aktueller Bedeutungsverlust beklagt. Dies mutet umso erstaunlicher an, als die politische Theorie auch als „Königsdisziplin“ der Politikwissenschaft bezeichnet und ihr eine Leitfunktion im Fach zugesprochen worden ist (Buchstein/Jörke 2007: 18 ff.).

Diese unterschiedlichen Einschätzungen verweisen nicht nur auf den fehlenden Konsens und die vielfältigen Bestimmungen politischer Theorie, sondern auch auf eine notwendige historische Perspektivierung. Eine Annäherung an politische Theorie bedeutet damit zugleich eine Vergegenwärtigung der unterschiedlichen historischen Phasen und Begründungen politischer Theoriebildung. Das, was unter politischer Theorie verstanden wird, hat sich, wie u. a. Müller (1994), Falter/Göhler (1986) und Buchstein/Jörke (2007) zeigen, in der Geschichte der Politikwissenschaft immer wieder verschoben.

Greift man für eine erste begriffliche Annäherung auf die etymologische Wortbedeutung zurück, so bedeutet Theorie (grch. *theoria*) „Anschauung, Überlegung, Einsicht“. Damit ist bereits auf den reflexiven Charakter jeder Art des Theoretisierens verwiesen. Theorie beinhaltet grundsätzlich immer ein Nachdenken über etwas und steht damit, aristotelisch gesprochen, im Gegensatz zur *praxis*, des Handelns um seiner selbst willen. Für eine generelle Bestimmung der politischen Theorie hat der amerikanische Philosoph George M. Sabine in einer frühen, breit rezipierten Charakterisierung drei zentrale Elemente ausgemacht: die Orientierung an historischen Fakten, die kausale Erklärung von möglichen Folgen unter Annahme bestimmter Voraussetzungen und schließlich die Bestimmung und Bewertung von als erstrebenswert erachteten politischen Zuständen und Zielen (Sabine 1939: 5 f.). Damit ist nicht nur gesagt, dass politische Theorien immer in einem spezifischen historischen Entstehungskontext verwurzelt sind, sondern dass sie auch ein auf die politische Wirklichkeit gerichtetes Erkenntnisinteresse verfolgen. Eine „desinteressierte politische Theorie“, so spitzt Sabine zu, gibt es nicht (Sabine 1939: 5). Politische Theorien zielen folglich auf die Analyse und Reflexion bestehender politischer Zustände und richten ihr Augenmerk zugleich auf die Bewertung aktueller und zukünftiger Politik (vgl. ebd.). Sabine zufolge ist jede Theorie, die sich auf die politische Wirklichkeit bezieht und kausal begründetes, transformatives Wissen hervorbringt, als politische Theorie zu bezeichnen. Mit dieser Definition hat Sabine vor allem ideengeschichtlich fundierte politische Theorie im Blick, deren Erkenntnisinteresse sich

explizit auf die Beurteilung normativer Fragen und daraus abgeleiteter praktischer Veränderungsvorschläge für die jeweils als unzulänglich erachteten politischen Verhältnisse richtet (Hartmann 1997: 24). Unabhängig von ihrem sicherlich umstrittenen normativen Impetus lässt Sabines Bestimmung der politischen Theorie allerdings die Frage nach der Definition von Politik offen. Der Rekurs auf die Beschäftigung mit Politik reicht für eine Bestimmung der politischen Theorie schon deshalb nicht aus, weil der Begriff der Politik bzw. des Politischen auf eine lange theoriegeschichtliche Kontroverse verweist (vgl. Brodocz/Schaal 2016; vgl. auch Hidalgo/Höntzsch/Salzborn 2012).

Hiermit deutet sich das Dilemma einer entweder zu weiten oder zu engen Definition von politischer Theorie bereits an. Jürgen W. Falter und Gerhard Göhler haben dies in ihrer Bestandsaufnahme der Entwicklung politischer Theorie folgendermaßen beschrieben: Werden in einem weiten Verständnis alle Forschungen „theoretisch orientierter Politikwissenschaft“ der politischen Theorie zugerechnet (Falter/Göhler 1986: 121) und fehlt es somit an einem Abgrenzungskriterium, so führt ein eng gefasstes Verständnis politischer Theorie im schlechtesten Fall zur Ausgrenzung aller Ansätze, die nicht dem jeweils eigenen Theorieverständnis entsprechen oder als nicht in der „echten Theoriegeschichte“ verankert gesehen werden (vgl. ebd.: 122).

Falter und Göhler suchen diesem theoretisch nicht lösbaren Dilemma über eine systematische Bestandsaufnahme von Forschungen in der politischen Theorie zu entgehen und schlagen dafür die Differenzierung von *Metatheorie* (inkl. Wissenschaftstheorie und Methodenlehre), *systematischen Theorien* (inkl. der sog. Bereichstheorie) sowie der *politischen Philosophie und Ideengeschichte* vor (Falter/Göhler 1986: 122 ff.). Erstere umfasst alle Forschungen, die sich mit der disziplinären Bestimmung und Reflexion von Politikwissenschaft, ihrem Gegenstand, der Wissenschaftstheorie und der Begründung von unterschiedlichen methodischen Ansätzen beschäftigen. Metatheoretische Fragen in diesem Sinne wären beispielsweise, was heißt Wissenschaft in der Politikwissenschaft, welche unterschiedlichen methodischen Ansätze leiten sich daraus ab, in welchen gesellschaftspolitischen Kontexten ist Wissenschaft verortet und welche Interessen sind erkenntnisleitend. Den systematischen Theorien werden alle Ansätze zugeordnet, die sich mit der Entwicklung einer „Theorie der Politik“ beschäftigen. Dieser Bereich umfasst alle Theorien, die sich über formale Strukturanalysen mit dem Begriff der Politik und des Politischen auseinandersetzen (u. a. systemtheoretische oder spieltheoretische Ansätze), inhaltliche Erklärungsmuster von unterschiedlichen Dimensionen von Politik bieten (etwa Macht- und Entscheidungstheorien, Rational Choice-Ansätze) und alle Bereichstheorien wie etwa Demokratie- oder Staatstheorien. Von diesen beiden Zugängen unterscheiden Falter/Göhler politisch-ideengeschichtliche Ansätze, die sich mit der Geschichte politischen Denkens befassen (u. a. Liberalismus, Sozialismus oder Konservatismus).

Diese systematische Einordnung politischer Theorien hat sicherlich nicht den Anspruch, den politischen Theoriebegriff genau zu bestimmen bzw. klar ein- oder abzugrenzen. Politische Theorie wird hier vielmehr aus den jeweiligen Forschungskontexten und -diskursen bestimmt und damit in ihrer Vielfalt im Fach Politikwissenschaft deutlich. Auch wenn dies, wie u. a. Jürgen Hartmann betont, eher verwirrend und unbefriedigend bleibt (Hartmann 1997: 23 f.), so haben sich systematisierende Herangehensweisen zur Gegenstandsbeschreibung von politischer Theorie bis heute weitgehend durchgesetzt. Neben der immer wieder als grundlegend hervorgehobenen Unterscheidung von empirischer und normativer politischer Theorie, auf die wir im Folgenden noch genauer eingehen, liegt eine Reihe von Kategorisierungsvorschlägen vor, die politische Theorien je nach Untersuchungsebene oder -gegenstand oder auch nach „ihrem Abstraktionsgrad, ihrer Reichweite und ihrer Tiefenschärfe“ einordnen (Buchstein/Jörke 2007: 27; vgl. u. a. von Beyme 2000; White 2004; Thiery 2003; Müller 1994; Ladwig 2013). Diese unterschiedlichen Einteilungen zeigen, dass es die „einzig richtige“ umfassende Definition von politischer Theorie nicht gibt. Die Besonderheit der politischen Theorie besteht vielmehr in der Pluralität der Ansätze. Wenn mit Brodocz und Schaal „aus einer Beobachterperspektive jene Theorien als politisch“ zu verstehen sind, „die als solche bezeichnet und diskutiert werden“ (Brodocz/Schaal 2016, Bd. 1: 14), so verweist diese Form der Annäherung auf zwei zentrale Bedingungen politischer Theoriebildung: erstens sind politische Theorien Ausdruck eines spezifischen, diskursiv konstruierten Wissenschaftskontextes. In diesem Sinne können Begriffsbestimmungen oder Einteilungen der politischen Theorie nicht als „neutral“ oder „objektiv“ gewertet werden. Sie sind vielmehr immer auch Ausdruck eines historisch veränderbaren Verständnisses von politischer Theorie und „erfüllen neben der angestrebten Überblicksfunktion zugleich Exklusions- und Inklusionsfunktionen, die bis hin zu Okkupations- und Monopolisierungsfunktionen gehen können.“ (Buchstein/Jörke 2007: 28). Zweitens hat die politische Theoriebildung immer auch Auswirkungen auf die jeweilige gesellschaftliche und politische Praxis. Politische Theorien, so neutral sich ihre Selbstbeschreibung bisweilen ausnimmt, sind immer Deutungsangebote einer bestimmten Wahrnehmung und Reflexion gesellschaftlicher und politischer Wirklichkeit und wirken als solche in die politische Praxis zurück.

Im Folgenden werden unterschiedliche (historische) Deutungen und kontroverse Begründungen politischer Theorie dargestellt.

Bestimmungen und Begründungen politischer Theorie

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war politische Theorie im Wesentlichen gleichzusetzen mit „Arbeiten über die Geschichte der demokratischen Institutionen

und der Politikwissenschaft insgesamt“ (Müller 1994: 213). Bis in die 1930er-Jahre wurde politische Theorie hauptsächlich normativ verstanden und ideengeschichtlich fundiert. Fragen nach dem Wesen des Menschen, nach der „besten“ politischen Ordnung, der Legitimation „richtiger“ politischer Herrschaft kamen hier besondere Bedeutung zu. Für Vertreter*innen normativer politischer Theorie stand die Frage nach dem „Sollen“, nach allgemeinverbindlichen Werten und Normen im Mittelpunkt. In Anlehnung an die Arbeiten von Leo Strauss und Eric Voegelin konstituierte sich die politische Ideengeschichte als politische Theorie und beanspruchte den unmittelbaren Gegenwartsbezug klassischen politischen Denkens. Ausgehend von der Prämisse überzeitlicher Fragen und universell gültiger Antworten wurden die Erkenntnisse „großer politischer Denker gleichsam wie zeitgenössische Erkenntnisse aufgefasst“ (von Beyme 2000: 16). Über die text- und werkimmanenten Interpretationen klassischer Texte sollte das überzeitlich Gültige herausgearbeitet und für die normative Gegenwartsanalyse fruchtbar gemacht werden. Dieser Ansatz ideengeschichtlich fundierter normativer Theoriebildung wird in Anlehnung an die angelsächsische Forschung auch als „politische Philosophie“ bezeichnet.¹

Als ein expliziter Gegenentwurf zur normativen politischen Philosophie/Theorie entwickelte sich seit Beginn der 1930er-Jahre und mit der sog. „Revolution des Behaviouralismus“ der 1950er-Jahre eine dezidiert empirische politische Theorie. In Anlehnung an das Wissenschaftsverständnis der Naturwissenschaften und nach dem Vorbild der Psychologie wurde ein neues Selbstverständnis politischer Theorie geprägt. Demzufolge sollte sich die politische Theorie nicht länger mit der als „unwissenschaftlich“ zu bezeichnenden Spekulation über Werte und Normen befassen, sondern vielmehr intersubjektiv nachprüfbar und „generalisierbare Aussagen über die politische Wirklichkeit“ treffen (Müller 1994: 214). Die zentrale Zielsetzung politischer Theoriebildung lag damit auf einer aus der empirischen Beobachtung abgeleiteten Hypothesenbildung, den darauf beruhenden Erklärungen möglicher Kausalzusammenhänge und davon abgeleiteten Prognosen möglicher Entwicklungen (Buchstein/Jörke 2007: 21). Folgt man der Diagnose von Buchstein und Jörke, so kann die Kontroverse zwischen normativer und empirischer politischer Theorie, welche die politikwissenschaftliche Debatte der 1950er- und 1960er-Jahre prägte, gar nicht überschätzt werden (ebd.: 25). Hier standen sich nicht nur zwei Positionen gegenüber, deren Vertreter*innen sich jeweils der „Unwissenschaftlichkeit“ bezichtigten, sondern auch „völlig konträre Vorstellungen über den Gegenstand und die Funktion der politischen Theorie“ formulierten (ebd.: 22). Die dahinterliegende generelle erkenntnis- und wissenschaftstheoretische Kontroverse kommt im Positivismusstreit der 1960er-Jahre zwischen Karl R. Popper und The-

1 Im bundesrepublikanischen Kontext ist insbesondere die sog. „Freiburger Schule“ im Anschluss an Arnold Bergstraesser diesem Ansatz zugerechnet worden.

odor W. Adorno prominent zum Ausdruck. Während sich Karl R. Popper in seinem Ansatz des kritischen Rationalismus für einen Begriff sozialwissenschaftlicher Theoriebildung aussprach, der vor allem auf die Methode der Falsifikation von theoriegeleiteten Hypothesen abstellte und damit den Wahrheitsanspruch normativer politischer Theorie grundlegend infrage stellte, akzentuierte Theodor W. Adorno ein herrschafts- und gesellschaftskritisches Erkenntnisinteresse. Für die von ihm und Max Horkheimer begründete kritische Theorie der (älteren) Frankfurter Schule erschöpfen sich sozialwissenschaftliche Theoriebildung und ihr Erkenntnisgewinn keineswegs in der methodischen Falsifikation von intersubjektiv überprüfbaren Hypothesen, sondern beinhalten die grundlegende Analyse und Kritik struktureller gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse (vgl. Adorno u. a. 1976).

Im Anschluss an diese zentralen Differenzen hat Wolf-Dieter Narr Ende der 1960er-Jahre eine immer wieder zitierte Dreiteilung von politischen Theorieansätzen in der Politikwissenschaft vorgeschlagen: die Unterscheidung von normativ-ontologischen, empirisch-analytischen und dialektisch-kritischen Theorien (Narr 1969: 41–88). Obschon diese Trias vor allem wegen ihrer unzureichenden Differenzierungen und der Vernachlässigung von Überschneidungen und vielfältigen Zwischenpositionen in der Folge grundlegend kritisiert worden ist, so wurde ihr doch neben ihrer „erstaunlichen Beharrungskraft“ durchaus ein metatheoretischer Orientierungswert bescheinigt (Falter/Göhler 1986: 124 f.). Dieser Einteilung zufolge werden dem normativ-ontologischen Ansatz diejenigen Theorien zugeordnet, die sich mit der Frage nach den normativen Grundlagen eines guten menschlichen Lebens und der dementsprechend bestmöglichen politischen Ordnung in Anlehnung an die klassisch-antike Philosophie befassen. Der empirisch-analytische Ansatz umfasst demgegenüber alle Theorien, die ein „theoriegeleitetes, an Erklärung und Prognose orientiertes Verständnis von Empirie“ (Falter/Göhler 1986: 125) vertreten. Dialektisch-kritischen Theorien werden schließlich alle Theorieansätze zugeordnet, die, anknüpfend an die marxistische Theoriebildung, einen materialistisch begründeten gesellschaftskritischen Anspruch vertreten.

Für die politische Theoriedebatte in der Politikwissenschaft erschien diese Dreiteilung insofern relevant, als ihr nicht nur sehr unterschiedliche Erkenntnisinteressen und Wissenschaftsverständnisse, sondern auch jeweils andere Bestimmungen von politischer Theorie zugeordnet worden sind. Kommt aus der Perspektive normativ-ontologischer Theorieansätze der politischen Theorie vor allem die Aufgabe ideengeschichtlich begründeter normativer Orientierung und praktischer Handlungsanweisung zu, so begreifen empirisch-analytische Ansätze die politische Theorie vor allem als ein Analyseinstrumentarium für eine intersubjektiv nachprüfbar Erklärung politischer Wirklichkeit. Aus Sicht der dialektisch-kritischen Theoriebildung hat politische Theorie vor allem die Aufgabe von Macht- und Herrschaftskritik mit dem Ziel einer möglichen emanzipatorischen Transformation von Gesellschaft (vgl. Habermas 1971).